

Anträge

Inhaltsverzeichnis

D - Demokratie, Innen- und Sicherheitspolitik

Bezeichner	Titel · Antragsteller/in · Empfehlung	Seite
D04	Stabil links gegen den Rechtsruck! Jusos München-Stadt <i>angenommen</i>	16

I - Internationales

Bezeichner	Titel · Antragsteller/in · Empfehlung	Seite
I03	Nur ein Europa der Solidarität ist ein Europa der Zukunft Bezirksvorstand Jusos Oberbayern <i>angenommen</i>	26

W - Wirtschaft

Bezeichner	Titel · Antragsteller/in · Empfehlung	Seite
W01	Korruption – Nicht mit EU Jusos München-Land <i>angenommen</i>	33

AP - Arbeitsprogramm

Bezeichner	Titel · Antragsteller/in · Empfehlung	Seite
AP01	Arbeitsprogramm Jusos Obb 24 Bezirksvorstand Jusos Oberbayern <i>angenommen</i>	7

M - Migration und Integration

Bezeichner	Titel · Antragsteller/in · Empfehlung	Seite
M01	Gesundheitskarte für Geflüchtete in allen Bundesländern Jusos München-Stadt <i>angenommen</i>	30

GO Geschäftsordnung	23
TO Tagesordnung	32

Antrag AP01: Arbeitsprogramm Jusos Obb 24

Laufende Nummer: 421

Antragsteller/in:	Bezirksvorstand Jusos Oberbayern
Status:	angenommen
Sachgebiet:	AP - Arbeitsprogramm

Die Versammlung möge beschließen:

1 **Wider dem Rechtsruck! Für eine jungsozialistische Utopie und ein** 2 **Ende der Gewalt.**

3 **Einleitung und Ausgangssituation**

4 Krieg, Krise, Vertreibungspläne: Deutschland rückt nach rechts. Nicht irgendwie,
5 sondern in einem beängstigenden Tempo. Die Ampel Regierung scheint nicht im Ansatz
6 fähig, die vielfältigen Probleme dieser Zeit zu lösen. Zeitgleich trauen sich die
7 Faschist*innen - beflügelt durch einen frei drehenden Oppositionsführer Friedrich
8 Merz - stetig mehr ihrer menschenverachtenden Hetze zu verbreiten.

9 Auch der Blick auf Bayern und die bayerische Sozialdemokratie lässt einen schockiert
10 zurück: Die Partei liegt strukturell am Boden und schafft es nicht, mit eigenen
11 linken Inhalten sichtbar zu sein. Gleichzeitig werden die notwendigen Reformen nicht
12 mit der notwendigen Konsequenz angestoßen bzw. angegangen. Der eigene Machterhalt,
13 das eigene Mandat scheinen bedeutender, als die Zukunft der Partei.

14 Auch an unserem Verband sind Pandemie, Krieg und Inflation nicht spurlos
15 vorbeigegangen. Wir verlieren deutlich an Mitgliedern, obwohl die Herausforderungen
16 für die Lohnabhängigen in dieser Gesellschaft stetig zunehmen.

17 Für uns ist klar: Es braucht Menschen, die sich organisieren und dem Rechtsruck
18 entgegenstellen. Gegen den Faschismus, für die Demokratie und eine sozialistische
19 Gesellschaft. Hier wollen wir als Jusos Oberbayern im kommenden Jahr unseren Fokus
20 setzen.

21 **Arbeitsweise des Vorstands**

22 Der Bezirksvorstand vertritt alle Jusos in Oberbayern nach innen und nach außen. Er
23 ist für die Umsetzung des Arbeitsprogramms verantwortlich, befasst sich mit aktuellen
24 Themen, fördert die strukturelle und inhaltliche Entwicklung des Verbands und
25 beteiligt sich auf Landes- und Bundesebene.

26 Der Vorstand arbeitet ehrenamtlich. Die Aufgabenverteilung berücksichtigt die
27 individuellen Lebensumstände der Mitglieder sowie die Notwendigkeit für die
28 Privatzeit außerhalb des Ehrenamts, der Erwerbsarbeit sowie Schule, Ausbildung und
29 Studium. Gleichzeitig stellen wir die effiziente Bearbeitung der anfallenden Aufgaben
30 sicher.

31 Die Zuständigkeit für auf Dauer angelegte sowie umfangreiche Aufgaben, auch bei der
32 Erledigung in Teams, legen wir in einer Geschäftsordnung zur Klausur des
33 Bezirksvorstands fest.

34 Die Sitzungen des Bezirksvorstands finden alle zwei Wochen statt, wobei eine davon
35 online abgehalten wird.

36 Jedes Vorstandsmitglied übernimmt die Aufgabe der Ansprechperson für ein bis zwei
37 Unterbezirke der Jusos Oberbayern. Auch damit wollen wir die Anbindung der
38 Unterbezirke sicherstellen. Diese sollten in regelmäßigen Abständen von den
39 Ansprechpersonen besucht werden. Im Anschluss an die Klausur des Bezirksvorstands und
40 die Zuteilung werden die Vorstandsmitglieder auf die Unterbezirke zukommen, um sich
41 persönlich vorzustellen. Namen und Kontaktdaten der Ansprechpersonen für die
42 Unterbezirke veröffentlichen wir auf der Website.

43 Der Gesamtvorstand der Jusos Oberbayern kommt mindestens viermal im Jahr zusammen.
44 Auf den Sitzungen des Gesamtvorstandes erfolgt ein Austausch über die aktuelle
45 politische Lage. Dieser Austausch dient insbesondere der Unterstützung und
46 Koordinierung der Unterbezirke bei ihrer Arbeit vor Ort durch Information,
47 gegenseitiges Feedback und Inspiration.

48 Daneben gibt es in Sitzungen auch Berichte aus anderen Ebenen der SPD und Jusos sowie
49 inhaltliche oder organisatorische Themenschwerpunkte in Form von Kurzvorträgen oder
50 Workshops. Zum schnellen Informationsaustausch wird die Telegram-Gruppe für den
51 Gesamtvorstand fortgeführt. So kann auch außerhalb der Sitzungen ein enger Kontakt zu
52 den Unterbezirken gehalten werden.

53 **Strukturarbeit**

54 Wir stehen angesichts abnehmender Mitgliederzahlen und folgenschwerer Wahlniederlagen
55 in Partei und Verband vor bedeutenden strukturellen und organisatorischen
56 Herausforderungen.

57 Wir wollen die Stärkung der Unterbezirke fortführen. Dabei stellen wir auch weiterhin
58 jedem UB ein Mitglied des Bezirksvorstands als Ansprechperson zur Seite. Wir werden
59 erneut zwei Beauftragte für Struktur ernennen, die bei Fragen hinsichtlich der
60 Satzungen und Richtlinien, für Veranstaltungen und die Vernetzung im Bezirk zur
61 Verfügung stehen.

62 Wir erkennen jedoch an, dass wir die strukturellen und organisatorischen
63 Gegebenheiten in unserem Verband kritisch analysieren und einer umfassenden Reform
64 unterziehen müssen. Diesen Reformprozess bereiten wir mit dem nötigen
65 Veränderungswillen, jedoch auch wohl überlegt vor. Wir wollen die Schwächen
66 identifizieren, bisherige Lösungsansätze analysieren und Reformkonzepte ableiten.
67 Folgende Punkte sehen wir als zentral an, wir betrachten jedoch alle Bereiche der
68 Verbandsarbeit tiefgreifend:

- 69 • Mitgliederwerbung und -einbindung,
- 70 • Schulung von Funktionär*innen,
- Erarbeitung und Durchführung von Kampagnen,

- 71 • Veranstaltungsorganisation und
- 72 • Stärkung unserer Kampfkraft in die SPD hinein.

73

74 Dazu setzen wir eine Reformkommission ein, die alle notwendigen Schritte diskutiert
75 und die Umsetzung gewährleistet. Die Mitglieder der Kommission werden auf Bewerbung
76 vom Bezirksvorstand ausgewählt. Sie legt dabei eine Zeitplanung für die Diskussion
77 und Erarbeitung der Reformbeschlüsse vor, welche der Bezirksvorstand beschließt und
78 überwacht. Die Kommission soll ihre Arbeit bis zur ersten Bezirkskonferenz 2025
79 abschließen.

80 Wir unterstützen den Reformprozess, den die Jusos Bayern auf Landesebene angestoßen
81 haben.

82 Mit Blick auf unsere Reformbemühungen und ihren Hintergrund fordern wir auch
83 gegenüber der SPD Oberbayern die umfassende Auseinandersetzung mit ihrer strukturell-
84 organisatorischen Lage ein.

85 **Mitgliederarbeit**

86 Wir wollen wieder mehr Mitglieder werden, gerade auf dem Land. Wie?

87 Unter anderem durch Organisation von halbjährlichen Neumitgliederseminaren mit Fokus
88 auf Gleichstellung sowie Fokus auf offene Treffen, die niederschwellig sind.

89 Organisatorische Kompetenzen

90 Der Gesamtvorstand wird durch Schulungen und Workshops befähigt, effiziente
91 Organisationsstrukturen zu entwickeln und zu managen. Dies umfasst die Planung von
92 Veranstaltungen, die Koordination von Aktionen und die effektive Nutzung der zur
93 Verfügung stehenden Ressourcen.

94 Social Media-Kompetenzen

95 In der heutigen digitalen Ära ist eine starke Präsenz in den sozialen Medien
96 entscheidend für den Erfolg politischer Kampagnen. Der Gesamtvorstand wird in der
97 Nutzung von Social Media geschult, um die Botschaften der Bildungsoffensive effektiv
98 zu verbreiten und mit der jungen Zielgruppe zu kommunizieren.

99 **Bildungsarbeit**

100 Zentrale Aufgabe für uns als sozialistischer Verband ist es, unsere Mitglieder in den
101 Hintergründen und Begründungen sowie den Funktionsweisen und der Umsetzung
102 sozialistischer Politik zu schulen. Das setzen wir in unserem Bildungsprogramm um.

103 Wir wollen das Wissen um sozialistische Analysestrukturen und Politikkonzepte der
104 Linken wieder flächendeckend stärken.

105 Dabei bringen wir insbesondere Neumitgliedern und Interessierten durch unsere
106 Neumitgliederseminare die Grundüberzeugungen des Verbands und ihre sozialistischen
107 Hintergründe nahe, die ihnen das Grundwerkzeug für die Analyse der gesellschaftlichen
108 Realität vermitteln. Damit stellen wir auch sicher, dass ein Verständnis für den

109 verbandsinternen Diskurs ermöglicht wird. Gleichzeitig sollen die Seminare die
110 Bedeutung unserer strukturellen und organisatorischen Aufstellung deutlich machen.
111 Für unsere Funktionär*innen wollen wir tiefgreifende Schulung auflegen. Dabei legen
112 wir einen Schwerpunkt auf das vertiefte Verständnis sozialistischer Positionen und
113 sozialistischer Struktur- und Organisationspolitik, insbesondere auch mit Blick auf
114 die strategische Aufstellung. Um eine entsprechend umfangreiche Vorbereitung zu
115 ermöglichen, werden diese Schulung nicht unmittelbar zur Verfügung stehen.
116 Auch das Bildungsprogramm der Jusos Bayern ist eine wichtige Stütze der Schulung
117 unserer Mitglieder. Wir bringen uns dort mit Vorschlägen und Anregungen in
118 Diskussionen um die Ausarbeitung ein.
119 Im Herbst wird ein eintägiges Theorieseminar stattfinden, das sich mit marxistischer
120 Theorie beschäftigt.

121 **Gleichstellung & Feminismus**

122 Wir kämpfen gegen die hegemoniale Männlichkeit, die uns alle, ungeachtet des
123 Geschlechts, unterdrückt. Unser Feminismus verbindet dabei intersektionelle mit
124 materiellen Perspektiven, um der Komplexität der Unterdrückungsmechanismen gerecht zu
125 werden.

126 Feminismus ist einer der Grundwerte der Jusos und trotzdem fehlen uns weibliche und
127 TINA* Mitglieder, was zu einer Mehrbelastung der aktiven FINTA* (Frauen, Inter-,
128 Nicht-Binäre, Trans- und Agender-Personen) führt.

129 Wir streben deshalb eine Neumitgliederarbeit an, die einen klaren Fokus auf
130 Gleichstellung setzt. Dazu braucht es Bildungsarbeit im Bereich Gleichstellung, die
131 bei den Grundlagenseminaren, aber auch in Form von Themenabenden und der jährlich
132 stattfindenden Gleichstellungskonferenz geleistet werden kann.

133 Die FINTA*, die bereits Mitglied sind, wollen wir weiterhin empowern. Dazu sollen
134 regelmäßige FINTA* Vernetzungen stattfinden, bei denen Austausch, Debatten und
135 Unterstützung in einem Safer Space stattfinden können. Diese Vernetzungen sollen im
136 Wechsel vor Ort und digital stattfinden und inhaltliche Schwerpunkte haben, aber auch
137 offen für Impulse der Gruppe sein.

138 Besonders im Hinblick auf die Europawahl wollen wir FINTA* ermutigen, sich in
139 außenpolitische Debatten einzubringen und feministische Perspektiven in diesen
140 Diskursen stark zu machen. In Zusammenarbeit mit dem Arbeitskreis Internationales der
141 Jusos Oberbayern soll eine Veranstaltungsreihe zu feministischer Außenpolitik
142 stattfinden. Das langfristige Ziel dieser Veranstaltungen soll es sein, Ende des
143 Jahres ein Netzwerk Internationales für FINTA* zu organisieren.

144 Inhaltlich wollen wir eine Balance zwischen aktuellen Themen und grundlegenden
145 Debatten finden und uns dazu mit den Gleichstellungsbeauftragten Bayerns und der
146 Unterbezirke vernetzen. Wir wollen den Feminismus aber auch auf die Straßen tragen
147 und Genoss*innen in ganz Oberbayern gemäß der Doppelstrategie bei feministischen
148 Demonstrationen, Gegenprotesten und ganz besonders bei Christopher-Street-Days und
149 Pride Veranstaltungen unterstützen.

150 Das Awareness Team wird weiterhin als erste Anlaufstelle für
151 Diskriminierungserfahrungen dienen. Gleichzeitig soll eine Reflexion über die
152 aktuellen Awarenessstrukturen angestoßen werden, um zu prüfen, ob es sinnvolle
153 Alternativen und Ergänzungen zu diesem gibt.

154 **Antifa und Gedenken**

155 Die faschistische Rechte dringt weiter in alle gesellschaftlichen Bereiche vor. Dazu
156 erleben wir eine Übernahme eigentlich linker Organisations- und Diskursstrategien
157 innerhalb der Rechten. Dieser Entwicklung treten wir entgegen.
158 Dazu stärken wir die Zusammenarbeit mit unseren Vorfeldorganisationen und
159 Bündnispartner*innen und suchen den Austausch mit antifaschistischen Organisationen.
160 Veranstaltungen zum Gedenken an nationalsozialistische oder rechte Verbrechen, etwa
161 in der KZ-Gedenkstätte Dachau oder dem Oktoberfestattentat, wollen wir in Absprache
162 mit den ausrichtenden Organisationen in der Vorbereitung stärker unterstützen, die
163 Teilnehmerzahlen aus unserer Mitgliedschaft erhöhen und die Aufmerksamkeit
164 vergrößern.
165 Unseren antifaschistischen Kampf und unsere Gedenkarbeit beschränken wir dabei nicht
166 auf den Besuch von Gedenkstätten, sondern indem wir die Deutungshoheit im
167 gesamtgesellschaftlichen Bewusstsein zu erlangen suchen.

168 **Internationales und Europawahlkampf**

169 Umfassende Kampagne zur Europawahl mit Schwerpunkt auf junge Wähler*innen, Social
170 Media Kampagnen und öffentlichen Veranstaltungen:
171 Die diesjährige Europawahl wird von vielen als eine entscheidende und eine
172 Richtungswahl beschrieben. Für uns ist zentral, wie wir viele junge Menschen davon
173 überzeugen können, trotz und vielleicht sogar wegen aller Unsicherheiten, sich für
174 ein solidarisches Europa, ein Europa der Würde, ein Europa ohne Grenzen und ein
175 Europa des Friedens einzusetzen. Europa mit Frieden, ohne Grenzen und voller
176 Solidarität ist leider keine Selbstverständlichkeit aus diesem Grund müssen wir die
177 neue Generationen mit unserer Kampagne davon überzeugen, dass ein solidarisches und
178 weltoffenes Europa keine Alternative hat und dass es sich lohnt für sie zu kämpfen.

- 179 • Gründung des Arbeitskreises Internationales

180 Mit allen Unterbezirken wollen wir ein Arbeitskreis Internationales der Jusos
181 Oberbayern gründen, der die erste Hälfte des Jahres federführend für die Koordination
182 der Europawahl Kampagne sein wird. In der Zeit nach der Europawahl werden wir mit dem
183 Arbeitskreis inhaltliche Arbeit bzgl. der Themen des Internationalismus und
184 Außenpolitik durchführen.

- 185 • Grenzübergreifende Veranstaltungen mit den Schwesterorganisationen der Alpen
186 Region:

187 Die Kampagne für die Europawahl, aber auch die Herausforderungen, die seit langem
188 einen grenzübergreifenden Einfluss auf die Gesellschaften haben, verlangen von uns,
189 dass wir unsere Aktionen überregional, international bzw. grenzübergreifend

190 organisieren. Große Naturkatastrophen in Slowenien, Österreich und Italien zeigen
191 uns, mit welchen Herausforderungen die Städte und Kommunen in der Alpen-Region
192 betroffen sind. Alle diese Katastrophen und der Rechtsruck machen an den fiktive
193 Grenzen Europas keinen Halt, deswegen müssen wir mit den Genoss*innen unserer
194 Schwesterorganisationen der Alpen-Region gemeinsame Aktionen organisieren. Eine
195 Neuerung, die wir zwecks guter Zusammenarbeit und Koordination einführen wollen, sind
196 gemeinsame Vorstandssitzungen mit unseren Schwesterorganisationen durchzuführen.
197 Im kommenden Jahr finden in mindestens 6 Ländern Europas Wahlen statt, die eine
198 Auswirkung auf die Politik der Europäischen Union haben werden. Unter anderem wird es
199 wichtig sein die Genoss*innen in Österreich bei der Kampagne für die Nationalratswahl
200 und die Genoss*innen in Innsbruck, die am 14. April Ihre Gemeinderats- und
201 Bürgermeisterwahl abhalten werden, zu unterstützen. Mit der Unterstützung der
202 Genoss*innen in Innsbruck und anderen Teilen Österreichs, wie in Salzburg, können wir
203 eine gute Grundlage für die zukünftige Zusammenarbeit stellen.

204 **Bündnisarbeit**

205 Die Zusammenarbeit mit unseren Vorfeldorganisationen und Bündnispartner*innen ist
206 zentral für die Organisation sozialistischer Politik.

207 Wir wollen deshalb unsere aktuelle Kontaktstruktur analysieren, insbesondere
208 hinsichtlich bestehender Mitgliedschaften. Unser Ziel ist die vollständige
209 gewerkschaftliche Organisation unserer Funktionärssebene. Den Austausch mit den
210 Gewerkschaftsjugenden, den Falken, der Naturfreundejugend und dem AWO-Jugendwerk
211 erachten wir als zwingend für die Entwicklung sozialistischer politischer
212 Positionierung.

213 Wir streben den Ausbau der gemeinsamen Zusammenarbeit, insbesondere hinsichtlich des
214 gemeinsamen Engagements in Bündnissen, für den Austausch von Fachwissen und der
215 Stärkung einer linken Gegenöffentlichkeit an.

216 Eine stärkere strukturelle und organisatorische Einbindung unserer
217 Vorfeldorganisationen und Bündnispartner*innen diskutieren wir im Rahmen unserer
218 Strukturreform.

219 **Veranstaltungen**

220 Wir bringen linke Politik auf die Straße, indem wir unsere Positionen bei
221 Veranstaltungen und in Kooperation mit unseren Vorfeldorganisationen und
222 Bündnispartner*innen präsentieren. Unsere Schwerpunkte liegen auf der Stärkung
223 unserer Mobilisierungsfähigkeit und strategischen Herangehensweise an Demonstrationen
224 und Kundgebungen. Unser Ziel ist es, themen- und anlassübergreifend einer
225 sozialistischen Politik die Deutungshoheit in der Gesellschaft zu verschaffen. Dabei
226 konzentrieren wir uns auf Schlüsseltermine im Juso-Jahr und organisieren Aktionen
227 sowie Teilnahmen an Gedenkveranstaltungen in enger Abstimmung mit unseren
228 Partner*innen.

229 Testprojekt Organisatorische Arbeitskreise

230 Die Mitarbeit bei der Konzeptionierung, Organisation und Durchführung von

231 Veranstaltungen ist jeher ein Einstieg in die Strukturen und Arbeitsweisen unseres
232 Verbands. Gleichzeitig entsteht so die Möglichkeit, das Wissen um die Bedeutung
233 strategischer (öffentlicher) Organisation flächendeckend innerverbandlich auszubauen.
234 Ebenfalls werden wir wieder Oberbayern entdecken und die damit verbundenen
235 Unterbezirksbesuche abhalten. Damit soll der Fokus auf die Ortspolitik und die
236 Vernetzung der Unterbezirke gelegt werden. Dazu wollen wir mindestens 2
237 Veranstaltungen durchführen.

238 Wir streben deshalb ein Testprojekt an, die Planung großer Veranstaltungen für
239 interessierte Verbandsmitglieder durch die Einsetzung von Arbeitskreisen zu öffnen.
240 Hier sollen vor allem Organisation und Inhalte geplant werden. Der Bezirksvorstand
241 richtet die Arbeitskreise ein, wobei die (verbands-)öffentliche Kommunikation und
242 Richtlinienplanung bei ihm verbleiben. In jedem Arbeitskreis arbeitet wenigstens ein
243 Vorstandsmitglied mit.

244 Europawahl 2024

245 Im Wahlkampf zur Europawahl werden wir uns intensiv einbringen. Unser Ziel ist ein
246 gutes Abschneiden der Sozialdemokratischen Parteien in Deutschland und Europa. Mit
247 der Bezirkskonferenz im Frühjahr 2024 haben wir dazu bereits einen Auftakt geschafft.
248 Die Aufstellung unserer Kampagne entsprechend der obigen Darstellung..

249 1. Mai 2024

250 Für uns als Sozialist*innen ist der Erste Mai einer der wichtigsten Tage des Juso-
251 Jahres. Wir werden uns auch in diesem Jahr tatkräftig und sichtbar an den
252 Kundgebungen und Demonstrationen in ganz Oberbayern beteiligen. Im Rahmen des
253 Ersten Mai wollen wir auch den Austausch mit den Gewerkschaftsjugenden fördern, auch
254 mit Blick auf die anstehende Europawahl.

255 Teilnahme an CSD

256 Die Termine wollen wir durch Hinweise und Bewerbung über unsere Kanäle wieder
257 kommunizieren, uns an den Paraden aktiv beteiligen und dort auch klar für solche
258 Konzepte einzustehen, die aus sozialistischer Sicht für eine tatsächliche Befreiung
259 der queeren Community erforderlich sind.

260 Gedenken an die Opfer von Utoya und München

261 Dass linke Organisationen und Genoss*innen von rechts bedroht und angegriffen werden,
262 hat uns der Anschlag auf Utoya 2011 schmerzhaft gezeigt. In der Tradition der
263 faschistisch-völkischen Gesinnung verübte 2016 ein rechtsradikaler Attentäter einen
264 Anschlag auf das Olympia-Einkaufszentrum in München.

265 Wie in den vergangenen Jahren werden wir die Gedenkveranstaltungen am 22. Juli
266 personell unterstützen und in der Vorbereitung und Durchführung mit den Jusos München
267 zusammenarbeiten. In diesem Rahmen wollen wir auch Aufklärungsarbeit über die
268 Hintergründe der Taten leisten und die öffentliche Aufmerksamkeit erhöhen.

269 Bezirkskonferenz 2024/II

270 Unsere zweite Bezirkskonferenz 2024 wird wieder im Sommer stattfinden. Bei dieser
271 Konferenz wollen wir erneut Zeit in Workshops und Aktionsformate investieren und die

272 Konferenz damit für Interessierte aus dem Verband öffnen.

273 Tag der Revolution in Bayern 2024

274 Vom 7. auf den 8. November 1918 wurde die Monarchie in Bayern überworfen - Kurt

275 Eisner, ein Sozialist, rief den Freistaat aus. Mit Felix Fechenbach als Eisners

276 Sekretär ist der spätere Gründer der Jusos München daran beteiligt.

277 Doch nicht nur wegen Fechenbach oder Eisner ist der Tag bedeutsam für uns als

278 Sozialist*innen: Mit der Ausrufung des Freistaats kommt es zur republikanischen

279 Revolution. Der Republikanismus und damit die Schaffung und Bewahrung der Republik

280 ist ein elementarer Teil linken Denkens zur Überwindung der Ausbeutung durch das

281 Kapital.

282 Wir möchten die Erinnerung an diese Tag und seine Bedeutung wieder in das öffentliche

283 Bewusstsein bringen. Dafür wollen wir ein Gedenken ermöglichen und organisieren, dass

284 gleichzeitig die Relevanz für unsere Zeit herausstellt.

285 Tag des Sieges über den Faschismus 2025

286 Am 8. Mai 2025 jährt sich der Sieg über den faschistischen Terror des

287 Nationalsozialismus in Europa zum achtzigsten Mal.

288 Der 8. Mai ist dabei nicht nur ein Tag der Befreiung für die Menschen europaweit,

289 sondern auch Tag des Sieges all derer, die die Niederwerfung des Faschismus

290 ermöglichten - darunter auch Sozialist*innen und Sozialdemokrat*innen in Europa und

291 weltweit.

292 Nicht nur aufgrund aktuell weithin erstarkender faschistischer Tendenzen, sondern

293 auch aus unserem sozialistischen Bewusstsein und unseren Überzeugungen sehen wir die

294 Organisation eines würdigen Gedenkens an diesen Tag und damit die Opfer des

295 nazistischen Terrors als einen Arbeitsauftrag bis zum Jahr 2025 an. Dabei sehen wir

296 auch hier unsere Aufklärungsarbeit nicht als auf Gedenkstättenbesuche beschränkt an.

297 Auch hier wollen wir die Deutungshoheit in der Öffentlichkeit mit zurückerlangen.

298 Kommunalwahlen 2026

299 Im Frühjahr 2026 finden in Bayern die Kommunalwahlen statt. Im System der kommunalen

300 Selbstverwaltung haben die dort gewählten Amtsträger*innen bedeutenden Einfluss auf

301 nahezu alle Lebensbereiche.

302 Schon jetzt engagieren sich viele Genoss*innen in Oberbayern vielseitig in ihren

303 Kommunen. Wir wollen möglichst viele von ihnen motivieren, bei den Wahlen 2026

304 anzutreten. Die Vorbereitung dessen in Form der Ansprache und Sammlung Interessierter

305 sowie der Aufstellung einer Wahlkampagne leiten wir dieses Jahr ein. In diesem Rahmen

306 suchen wir die enge Abstimmung mit der Landesebene und den UB. Je nach Möglichkeit

307 organisieren wir dazu in diesem Jahr bereits entsprechende Veranstaltungen.

308 **Öffentlichkeitsarbeit**

309 Ziele unserer Öffentlichkeitsarbeit sind es, unsere Mitglieder und Interessierte über

310 unsere Veranstaltungen zu informieren, Positionierungen des Verbands zu kommunizieren

311 und sozialistische Positionen in Oberbayern stärker zu verankern.

312 Dafür nutzen wir verschiedene Wege. In der kommenden Wahlperiode wollen wir unsere
313 Social-Media-Präsenz, vorwiegend auf Instagram, erhöhen. Einmal wöchentlich wollen
314 wir eigene Inhalte veröffentlichen. Dazu legen wir auch eine umfassende Posting-
315 Planung auf.

316 Unsere innerverbandliche Kommunikation wollen wir vielschichtig organisieren. Neben
317 unseren Social-Media-Kanälen nutzen wir verstärkt unseren Telegram-Channel. Den
318 Channel wollen wir als Mobilisierungsebene nutzen, hier findet auch unsere
319 Veranstaltungskommunikation statt. Den monatlichen Newsletter mit Terminen und
320 Hinweisen stellen wir neu auf. Dabei sollen auch die Unterbezirke Termine an die
321 Bezirksebene kommunizieren, die dort auch beworben werden können.

322 Im Zuge unserer Strukturreform entwickeln wir eine Kommunikationsstrategie, die auch
323 die Schulung unserer Funktionär*innen in Öffentlichkeitsarbeit einschließt.

324 **Ausblick und Schlussfolgerungen**

325 Nach einem schwierigen Jahr für den Verband, nicht nur auf oberbayerischer Ebene,
326 wollen wir mit diesem Arbeitsprogramm die Grundlagen für umfassende Neuerungen
327 schaffen.

328 Dabei legen wir einen Fokus auf die Stärkung unserer Strukturen und unserer
329 Organisationskraft. Wir wollen die Einbindung neuer Genoss*innen in den Verband
330 stärken und den inhaltlichen und strategischen Wissenserwerb bei erfahrenen
331 Genoss*innen fördern. Wir wollen sozialistische Politik auf die Straße bringen und
332 daran arbeiten, ihr die Deutungshoheit in der Gesellschaft zu verschaffen. Wir wollen
333 einen selbstbewussten, sichtbaren und gegenüber der Partei kritisch-solidarischen
334 Verband.

335 Das geht nur, wenn sich viele Genoss*innen auf den unterschiedlichen Ebenen
336 einbringen und engagieren. Daran wollen wir arbeiten. Denn die Zukunft erschaffen
337 wir.

Antrag D04: Stabil links gegen den Rechtsruck!

Laufende Nummer: 416

Antragsteller/in:	Jusos München-Stadt
Status:	angenommen
Sachgebiet:	D - Demokratie, Innen- und Sicherheitspolitik

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Adressat*innen: Bezirkskonferenz Jusos Oberbayern, Landeskonferenz Jusos Bayern, Juso
- 2 Bundeskongress

3 **Rechtes Gedankengut wird wieder salonfähig – die** 4 **Gesellschaft kommt ins Rutschen**

5 Die Landtagswahlen in Bayern und Hessen im Oktober 2023 haben gezeigt, dass sich
6 rechtes Gedankengut bereits in großen Teilen der Gesellschaft verankert hat. Die
7 Folge ist eine sich immer weiter verändernde politische Landschaft in allen Teilen
8 des Landes. Die "AfD", eine rechtsextreme, rassistische und faschistische Partei, hat
9 es in den letzten Jahren geschafft, die Themen großer gesellschaftlicher Debatten zu
10 bestimmen und den Fokus besonders auf die Themen Migration und Flucht zu lenken.
11 Dabei hat sich auch der Ton in der Debatten extrem verschärft: Dinge, die vor wenigen
12 Jahren noch als „unsagbar“ und abscheulich gegolten haben und einen breiten
13 gesellschaftlichen Aufschrei zur Folge hatten, werden mittlerweile stumm zur Kenntnis
14 genommen oder erhalten sogar noch Zustimmung.

15 Innerhalb der rechten Szene müssen wir zunehmend gefährliche Allianzen wahrnehmen:
16 Die während der Corona-Pandemie stark gewachsene Bewegung von "Querdenkern", die
17 verschwörungsideologische Inhalte propagiert, wächst mit einer gewaltbereiten
18 extremen Rechten zusammen, die nationale und internationale Vernetzung verschiedener
19 Gruppen schreitet schnell voran. Unter dem gemeinsamen Narrativ der vermeintlich
20 inhaltlich begründeten Kritik an der Regierung und am Staat als Ganzes versammeln
21 sich so unterschiedliche Gruppierungen von Rechtsextremen über völkische
22 Nationalist*innen, extrem rechten Burschenschaften bis hin zu Reichsbürger*innen und
23 weiteren Gruppen zu einer gefährlichen Mischung und radikalisieren sich gegenseitig.

24 Die Verschiebung nach Rechts ist jedoch nicht nur in der Rechten Szene der Fall:
25 Teile der Linkspartei spalten sich vom traditionellen linken Ansatz, eine gerechtere
26 Welt für alle schaffen zu wollen, ab und versuchen sich am Spagat zwischen
27 Sozialpolitik und national-konservativer Politik.

28 Auch in unserer eigenen Partei bemerken wir zunehmend, dass rechte Narrative um sich
29 greifen. Gerade aus Angst vor dem Erfolg der "AfD" wird teilweise der Kurs der
30 dänischen Sozialdemokratie gefordert, die eine harte Migrationspolitik mit einer
31 sozialen Wirtschaftspolitik zu verknüpfen versucht. Auf diese Weise werden
32 migrationsfeindliche und strukturell rassistische Positionen vertreten, um

33 vermeintlich Wähler*innen (zurück) zu gewinnen. Dem müssen wir uns deutlich und
34 inhaltlich begründet entgegenstellen.
35 Denn die Umfragen und die Wahlen der letzten Monate haben eindeutig gezeigt, dass die
36 Übernahme von rechtem Sprech und der Fokus auf die vermeintlich relevanten Themen der
37 „AfD“ nur zur zusätzlichen Polarisierung der Gesellschaft führt und nur rechte und
38 rechtsextreme Parteien stärkt – allen voran die „AfD“.
39 Rechte Tendenzen in der Gesellschaft waren auch in der Vergangenheit nie weg. Aktuell
40 arbeiten rechte Gruppierungen mit zunehmendem Erfolg gezielt daran, durch Hass und
41 Hetze diese Tendenzen und die gesellschaftliche Bereitschaft, auch rechte Positionen
42 zu vertreten, in einen tatsächlichen Rechtsruck zu übersetzen.

43 **Unsere Strategie gegen Rechts für die Zivilgesellschaft**

44 Der Kampf gegen den Rechtsruck muss zentraler Bestandteil unseres politischen
45 Handelns sein. Wir bleiben stabil und konsequent antirassistisch, auch wenn immer
46 stärkerer Wind uns entgegen bläst. Wir brauchen neue Strategien im Umgang mit der
47 „AfD“ und dem aktuellen Rechtsruck. Es bedarf eines stärkeren Aktivismus auf der
48 Straße, den Fokus auf materielle Forderungen und Verteilungskämpfe für die arbeitende
49 Klasse und die Unterstützung von strukturschwachen Regionen im Kampf gegen Rechts.

50 In einer Zeit eines umsichgreifenden Rechtsrucks als größte Gefahr für unsere
51 Demokratie, muss unser Fokus konsequent auf der Bekämpfung rechtsextremer Parteien
52 und Strukturen liegen, sowie auf der Stärkung des Vertrauens in unsere Demokratie.

53 Die Gleichsetzung unterschiedlicher extremer politischer und religiöser Strömungen,
54 lehnen wir weiterhin klar ab! Entsprechende Behauptungen, linker und rechter
55 Radikalismus würden sich gleichen Elementen bedienen und die gleiche Bedrohung für
56 unsere offene und demokratische Gesellschaft darstellen, werden von uns
57 zurückgewiesen.

58 Menschenfeindliche, rassistische, sexistische, queer- und demokratiefeindliche
59 Positionen sind immer Teil rechten Parteiprogrammatik, während sich linke bis
60 linksradikale Kräfte für den Schutz von Minderheiten und eine offene,
61 antirassistische Gesellschaft einsetzen. Die Diffamierung von „Klima-Klebern“ und
62 deren Bezeichnung als „Klimaterroristen“ oder „Klima RAF“ sind Nebelkerzen, die
63 geworfen werden, während von Rechts Politiker ermordet werden und die gewaltvolle
64 und militarisierte Übernahme des Staates geplant wird. Choose your battle!

65 Eine antifaschistische Gesellschaft ist auch auf die Mitwirkung konservativer Kräfte
66 angewiesen. Die Brandmauer gegen Rechts muss stehen, es darf keine Zusammenarbeit mit
67 der AfD, auch nicht durch die Union, geben. Jegliche Kooperation mit der AfD
68 überschreitet eine rote Linie. Wir müssen deshalb die konservativen Kräfte in
69 Deutschland in die Verantwortung nehmen und dürfen Annäherungsversuche nicht
70 zulassen. Die Konservativen in Deutschland haben eine historische Verantwortung, den
71 Faschisten die Macht nicht nochmal zu übergeben. Konservative Parteien haben darüber
72 hinaus die Verantwortung, ihre Wähler*innenklientel an sich zu binden.

73

Alerta Antifascista - Auf die Straße gegen Rechts!

74 Als überzeugte Antifaschisten müssen wir vernetzt mit anderen Organisationen und in
75 breiten Bündnissen bei Gegenprotesten und Demonstrationen auf der Straße als Teil der
76 linken Bewegung präsent sein. Wir setzen uns ein für eine wehrhafte
77 Zivilgesellschaft, die Kundgebungen oder Aufmärsche rechtsextremer Parteien und
78 Organisationen, wie "AfD", III. Weg, Identitäre Bewegung oder rechte
79 Burschenschaften, keinen Raum mehr gibt und in der rechtsradikales Gedankengut wieder
80 unsagbar wird. Auch Flyer- oder Banneraktionen, thematische Veranstaltungen oder
81 andere aktivistische Aktionen müssen verstärkt durchgeführt werden.

82 Um einen wirksamen Aktivismus zu etablieren, müssen wir es schaffen andere linke
83 Organisationen davon zu überzeugen, dass wir Jusos wieder ein Klassenbewusstsein
84 haben und jedwede neoliberale und/oder rassistische Politik innerhalb SPD entschieden
85 kritisieren und ablehnen um so das Vertrauen der verschiedenen Organisationen
86 zurückzugewinnen. Wir dürfen nicht erneut den Fehler machen, dass wir innerhalb der
87 linken Bewegungen uns gegenseitig blockieren. Wir müssen uns dazu mit unseren
88 Genoss*innen aller linken Gruppierungen, egal ob bürgerlich oder nicht, zu einer
89 "Rotfront" vereinigen. Das heißt auch, wir dürfen uns nicht zu schade sein, unsere
90 Genoss*innen im Osten der Republik zu unterstützen. Sie führen momentan den härtesten
91 Kampf gegen den wieder aufkeimenden Faschismus. Sie werden täglich von Faschos
92 angegriffen und bedroht.

93 Egal wo in diesem Land: Linke müssen in der ganzen BRD wieder eine Macht auf der
94 Straße werden. Der Todfeind steht rechts!

95 Nazi raus ruft es sich leichter da, wo es keine Nazis gibt – 96 ländlichen Raum unterstützen!

97 Wahl- und Umfrageergebnisse rechter Parteien unterscheiden sich deutlich zwischen
98 urbanen und ländlichen Räumen. Die "ländlichen" Gebiete^[1], welche den größten Teil
99 der Bevölkerung stellen und mehrheitlich konservativ bis rechts wählen, müssen eine
100 größere Aufmerksamkeit sowie die solidarische Unterstützung durch uns erhalten.
101 Dinge, wie eine breite Mobilisierung für Proteste gegen Rechts oder die Zustimmung zu
102 einer offenen, migrationsfreundlichen Gesellschaft, die in größeren Städten als
103 selbstverständlich angesehen werden, stellen unsere Genoss*innen im
104 strukturschwachen, ländlichen Raum vor großen Herausforderungen. Wir wollen daher
105 verstärkt mit unseren Genoss*innen in den ländlichen Gebieten zusammenarbeiten, sie
106 bei Veranstaltungen oder Gegenprotesten unterstützen und so eine größere Organisation
107 von linken Kräften auf dem Land erreichen.

108 Die sich verändernden Kräfteverhältnissen in den Parlamenten und Stimmkreisen zwingen
109 uns zu neuen Umgangsformen mit rechten Positionen. Insbesondere in ländlichen
110 Stimmkreisen, in denen teilweise CSU, Freie Wähler und die "AfD" über 80% der Stimmen
111 gewinnen konnten und rund 20 % rechtsextrem gewählt haben, ist eine Diskussion ohne
112 konservative bis rechtsradikale Positionen kaum mehr möglich. Um die Menschen vor Ort
113 nicht endgültig zu verlieren und mittelfristig wieder von unseren Ideen überzeugen zu
114 können, ist es notwendig, auch mit unangenehmen Positionen umzugehen und durch aktive

115 Diskussionen den Diskurs auf unsere Themen zu lenken.
116 Wir streben an, dass alle Personen, die unter diesen Umständen auf einem gemeinsamen
117 Podium mit der „AfD“ diskutieren, insbesondere Kandidierende um politische Ämter und
118 Mandate, eine Rhetorik-Schulung absolvieren, die extrem-rechte und
119 verschwörungstheoretische Gesprächsstrategien und Gengenstrategien behandelt.

120 **Unser Umgang mit der AfD**

121 Auch der politische Umgang mit der rechtsextremen “AfD” muss aufgrund des massiven
122 Zugewinns an Wählerstimmen bei der Landtagswahl in Bayern 2023 angepasst werden. Klar
123 ist weiterhin, dass es keine Zusammenarbeit jeglicher Art auf keiner Ebene geben
124 darf. Im inhaltlichen Diskurs lehnen wir eine Übernahme rechtspopulistischer
125 Forderungen weiter konsequent ab, legen aber inhaltliche Widersprüche von “AfD”-
126 Positionen offen und gehen gezielt auf inhaltliche Forderungen ein, um deren
127 Vermarktung als “Partei der kleinen Leute” zu enttarnen und die gesellschaftliche
128 Debatte darauf zu lenken. Den Fokus einzig und allein darauf zu legen, dass es sich
129 bei der “AfD” um eine rechtsradikale Partei handelt und die Hoffnung, dadurch
130 Menschen vor einer Wahl dieser Partei abschrecken, ist gescheitert. Das Ziel muss
131 daher eine lösungsorientierte Politik gepaart mit einer inhaltlichen Kritik an “AfD”-
132 Forderungen sein.

133 Politische Veranstaltungen und Podiumsdiskussionen müssen wir gezielt für unsere
134 politischen Positionen nutzen und dürfen sie nicht den rechten Parteien überlassen.
135 Lange war es unsere Strategie, mit der “AfD” nicht auf Podien zu gehen, um einer
136 Normalisierung der “AfD” entgegenzuwirken. Heute müssen wir anerkennen, dass die
137 “AfD” längst normalisiert ist. Wir wollen diese Normalisierung zurückdrängen und
138 weiterhin wo immer es möglich ist darauf drängen, dass keine rechtsradikalen Parteien
139 zu Podien eingeladen werden und keine prominente Aufmerksamkeit bekommen. Um jedoch
140 nicht mit der rechtsextremen “AfD” gemeinsam auf einem Podium zu sitzen, ist eine
141 proaktive Organisation solcher Veranstaltungen mit allen Parteien notwendig, die sich
142 auf einen demokratischen Grundkonsens verpflichten. Der Fokus der Diskussion muss
143 gezielt auf politische Problemlösung und eigene inhaltliche Forderungen gelegt
144 werden, um die Menschen zu überzeugen.

145 Solche Veranstaltungen müssen aber auch immer wieder von linken Aktivist*innen
146 gezielt gestört werden. Dies gilt auch für Infostände der AfD. Wir können es uns
147 nicht mehr länger leisten, deren rechtsextreme Propaganda unwidersprochen in Dörfern
148 und Kleinstädten zuzulassen. Ziviler Ungehorsam und kämpferische Aktionen müssen zu
149 unseren Aktionsfeldern gehören. Antifa bleibt Handarbeit!

150 Eine Akzeptanz von rassistischen und faschistischen Parolen ist trotz des Erfolgs der
151 “AfD” nicht verhandelbar und muss eine klare Distanzierung zur Folge haben. Wir
152 müssen die Position stärken, dass es kein Recht auf rechte Propaganda gibt und dass
153 wir uns rechte Parolen nicht anhören müssen, nur weil die “AfD” eine ins Parlament
154 gewählte Partei ist.

155 **Wehrhafte Demokratie - der Staat muss klare Kante zeigen!**

156 Immer mehr Teile der "AfD", zuletzt der Landesverband Sachsen-Anhalt, werden vom
157 Verfassungsschutz als gesichert rechtsextrem eingestuft oder als
158 rechtsextremistischer Verdachtsfall beobachtet. Dass selbst der sonst auf dem rechten
159 Auge strukturell erblindete Verfassungsschutz zu dieser Auffassung kommt,
160 unterstreicht die Notwendigkeit, auch von staatlicher Seite gegen die "AfD"
161 vorzugehen. Es werden zunehmend faschistische Äußerungen und Strukturen innerhalb der
162 Partei sichtbar.

163 Es kann nicht sein, dass Organisationen, die den freiheitlich demokratischen
164 Grundwerten diametral gegenüberstehen, weiter bei Wahlen antreten dürfen und im Falle
165 der "AfD" sogar noch Geld vom Staat für ihre Arbeit bekommen und staatliche Vorteile
166 erhalten.

167 Daher fordern wir die Prüfung eines bundesweiten Verbots der "AfD" als Partei durch
168 das Bundesverfassungsgericht. Ein besonderer Fokus liegt auf den als gesichert
169 rechtsextrem eingestuften Landesverbänden in Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt.

170 Die "AfD"-nahe Desiderius-Erasmus-Stiftung darf auch unabhängig vom Verbot der Partei
171 bereits kurzfristig kein staatliches Geld zur Verbreitung rechter Propaganda
172 erhalten.

173 Auch gegen einzelne Personen, deren Aussagen und Handlungen nicht mit unserem
174 Grundgesetz vereinbar sind, muss von Seite des Staates eine Grundrechtsverwirkung
175 (Art. 18 GG) festgestellt werden, um Personen wie Bernd Höcke daran zu hindern, in
176 einer anderen Organisation ihr demokratiegefährdendes Engagement fortzusetzen.

177 Ein wehrhafter Staat braucht zuverlässige Institutionen, die das Grundgesetz wahren.
178 Wir stehen hinter der Forderung, dass der Verfassungsschutz abgeschafft werden muss.
179 Wir fordern die Einführung eines transparenten und unabhängig arbeitenden Demokratie-
180 Institut für demokratiewissenschaftliche Arbeit. Dieses soll sich mit der Sammlung
181 und Bewertung von öffentlichen Publikationen und gesellschaftlichen Gruppierung
182 beschäftigen, um diese auf eventuell demokratiegefährdendes Gedankengut zu
183 analysieren. Es hat selbst keine Kompetenz, zu intervenieren. Die Polizei und der
184 polizeiliche Staatsschutz müssen der Aufgabe nachkommen, den Staat, seine
185 Institutionen und Menschen vor rechter Gewalt zu schützen.

186 Deshalb braucht es gerade in Berufen der Staatsgewalt, in denen immer wieder rechte
187 Netzwerke entdeckt werden, gründliche Aufarbeitung, angemessene Konsequenzen und
188 wirksame Prävention. Wer in Deutschland bei der z.B. bei der Polizei oder den
189 Gerichten arbeitet, muss uneingeschränkt hinter unseren freiheitlich demokratischen
190 Werten stehen! Ermittlungen bei Zwischenfällen innerhalb der Behörden können nicht
191 objektiv in den Strukturen der jeweiligen Behörde selbst geführt werden. Es muss eine
192 unabhängige Stelle zur Ermittlung eingerichtet werden.

193

194 Generell brauchen wir eine stärkere Unterstützung von demokratiestärkendem
195 zivilgesellschaftlichem Engagement und Initiativen. Dies beinhaltet finanzielle
196 Mittel und die Einstufung von antifaschistischem und antirassistischem Engagement als
197 "gemeinnützig". Darüber hinaus muss dieses Engagement Teil eines bundesweit gültigen

198 ANTIFA-Tarifvertrags werden!

199 Wir bekräftigen unsere Forderungen nach dem Verbot rechtsextremer Symbolik und ein
200 konsequentes und entschiedenes Vorgehen gegen Organisationen extrem rechter und
201 demokratiefeindlicher Gesinnung.

202 **Schwindendes Vertrauen in den Staat: Ökonomische** 203 **Ungerechtigkeit und Abstiegsangst**

204 In der aktuellen Situation multipler Krisen machen sich viele Menschen berechtigte
205 Sorgen um ihre Zukunft. Wirtschaftliche Instabilität, Inflation, Transformation,
206 Pandemie, Krieg und vieles mehr haben in den letzten Jahren dazu geführt, dass am
207 Ende des Monats immer weniger im Geldbeutel übrig bleibt.

208 Dazu kommt ein seit Jahren andauernder und politisch verordneter Sparzwang, der zu
209 einem großen Investitionsstau geführt hat und der Verfall von Infrastruktur. In einem
210 reichen Land wie Deutschland sitzen Kinder ohne warmes Mittagessen in maroden
211 Schulhäusern. Dies frustriert viele Menschen, die das Gefühl haben, sie und ihre
212 Bedürfnisse und Sorgen werden von der Politik nicht gesehen, während mit großen
213 Geldbeträgen die Gewinne der Wirtschaft und großer Konzerne weiter staatlich
214 subventioniert werden.

215 Der Frust und die Kritik gegenüber der aktuellen Regierung vieler Menschen sind
216 verständlich und richtig. Steigende Energie-, Wohnungs- und Lebensmittelkosten bei
217 kaum steigenden Löhnen sind reale Probleme vieler Menschen, die nur durch
218 verteilungspolitische Maßnahmen begegnet werden können. Auch wenn einige
219 sozialpolitische Themen durch die aktuelle Regierung umgesetzt wurden, die
220 "ökonomische Unter- und Mittelschicht" – und damit normale und mittlere Einkommen –
221 als Teil der arbeitenden Klasse, profitieren bisher nicht.

222 Die neoliberale Politik der letzten Jahrzehnte, welche mit Privatisierungen,
223 Sozialabbau und wachsender sozialer Ungleichheit einherging, hat das Vertrauen der
224 Menschen in den Staat grundsätzlich geschwächt. Die Narrative eines extremen
225 Individualismus als Freiheitsverständnis, die Ökonomisierung aller Lebensbereiche und
226 ein ungebremseter Wettbewerb haben dazu geführt, dass demokratische Entscheidungen in
227 Teilen nicht mehr akzeptiert werden, wenn sie insbesondere individuelle Freiheiten,
228 wie beispielsweise das Konsumverhalten, betreffen.

229 Hinzu kommt die Hetze von Union und der "AfD", welche beispielsweise Bürgergeld-
230 Empfänger*innen als "faule Arbeitslose" diffamieren und so den Blickwinkel auf die
231 Schwächsten der Gesellschaft lenken und nach unten treten. So werden vermeintliche
232 Verteilungskämpfe zwischen niedrigen Einkommen und Geflüchteten aufgemacht, anstatt
233 die Vermögen der obersten 10% in den Fokus von Verteilungskämpfen zu nehmen.

234 Der für marginalisierte Gruppen erreichte gesellschaftliche Fortschritt wie die Ehe
235 für Alle oder der Kampf für das Selbstbestimmungsgesetz wird von rechts
236 instrumentalisiert, um den Menschen das Gefühl zu geben, dass nur die Anderen von
237 diesem Fortschritt profitieren würden. Es wird suggeriert, dass ihnen Veränderungen
238 ihrer Lebensweise aufgezwungen würde und dass marginalisierte Gruppen politische

239 Aufmerksamkeit von ihren berechtigten Anliegen wegnehmen. Diese manipulative
240 Darstellung des Themas als Gegensatz zu Verteilungspolitik schürt Hass und führt zum
241 Beispiel zu queerfeindlichen Übergriffen. Wir leiten daraus ab, dass wir eine Politik
242 machen müssen, die sowohl auf der ökonomischen als auch auf der identitären und
243 gesellschaftlichen Dimension Fortschritte erzielt und somit den von der politischen
244 Rechten konstruierten und in der Linke wiedergegebenen Widersprüche auflöst.

245 **Sozialistische Politik für die Vielen in unserem Land!**

246 Um dem entgegenzuwirken, möchten wir positiv in die Zukunft blicken und trotz aller
247 Krisen umso stärker für unsere Überzeugungen kämpfen. Durch das Erstarken rechter
248 Parteien ist eine starke, linke Bewegung notwendig, die sich konsequent für eine
249 gerechte Verteilungspolitik und die Interessen der arbeitenden Klasse einsetzt.
250 Unsere Forderungen müssen weiterentwickelt und strategisch umgesetzt werden, damit
251 sie bei den Menschen wahrgenommen werden. Mit dem Fokus auf materielle Themen,
252 Verteilungskämpfe und einer einfachen, klaren Kommunikation wollen wir als
253 sozialistischer Jugendverband in der politischen Debatte präsent sein. Wir wollen das
254 Vertrauen in den Staat als gesellschaftliches Konstrukt, das sich um grundlegende
255 Dinge und soziale Absicherung kümmert, wieder erwecken.

256 Dafür müssen wir den Diskurs wieder explizit nach links verschieben, in dem wir die
257 Themen skandalisieren, die wirklich gefährlich für unsere Gesellschaft sind: Armut,
258 Ausbeutung der arbeitenden Klasse, die Tatsache, dass Menschen Profite aus
259 Wohneigentum schlagen, während andere sich kaum ein Dach über dem Kopf leisten
260 können. Nur durch eine angemessene radikale Thematisierung dieser Probleme können wir
261 die überzogenen Debatten über "Migration" und "Gendern" wieder zurückdrängen und
262 Polarisierung in unserem Sinne erreichen. Dies erreichen wir vor allem mit einer
263 Erzählung eines besseren Lebens für alle, das die heutigen ungerechten Zustände
264 anprangert und im zweiten Schritt mit konkreten politischen Instrumenten hinterlegt
265 ist.

266 Unsere programmatische Arbeit muss sich wieder viel stärker verteilungspolitischen
267 Fragen widmen: Es ist nicht ausreichend, mit der Grundsicherung oder dem Mindestlohn
268 die untersten ökonomischen Gruppen zu adressieren. Wir müssen als Jusos und als SPD
269 wieder viel stärker politische Instrumente entwickeln und in den Vordergrund unserer
270 Kampagnen stellen, die das Potential haben, Umverteilung für die 90% zu erreichen und
271 deren Leben tatsächlich zu verbessern. Hierzu gehört beispielsweise ein Grunderbe für
272 junge Menschen oder das Thema Arbeitszeitverkürzung, von denen auch mittlere
273 Einkommensschichten profitieren.

274 [\[1\]](#) Bezirke ohne Städte > 100.000 Einwohner*innen

Antrag GO: Geschäftsordnung

Laufende Nummer: 422

Antragsteller/in:	Administrator
Status:	angenommen

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Vorläufige Geschäftsordnung zur Bezirkskonferenz der Jusos Oberbayern
- 2 am 04. Februar 2024, Eine-Welt-Haus, Schwanthalerstraße 80, 80336 München
- 3 1. Die Geschäftsordnung
- 4 *Diese Geschäftsordnung regelt das Verfahren auf der Bezirkskonferenz der Jusos*
- 5 *Oberbayern. Sie wird zu Beginn der Konferenz zur Abstimmung gestellt.*
- 6 *Änderungsanträge zur Geschäftsordnung können bis zur Beschlussfassung über die*
- 7 *Geschäftsordnung bei der Versammlungsleitung eingereicht werden.*
- 8 2. Die Versammlungsleitung
- 9 *Die Versammlungsleitung moderiert die Bezirkskonferenz und führt durch die*
- 10 *Tagesordnung.*
- 11 3. Anträge
- 12 a. Initiativanträge
- 13 *Initiativanträge sind Anträge, die aufgrund ihres aktuellen Bezugs nach der Frist zur*
- 14 *Antragseinreichung gestellt werden. Sie bedürfen als Voraussetzung zur Behandlung auf*
- 15 *der Konferenz der Unterschriften von 10 Delegierten aus mindestens drei*
- 16 *Unterbezirken. Sie können bis 12.30 Uhr eingereicht werden. Die Frist zur Einreichung*
- 17 *von Anträgen ist in den Organisationsrichtlinien festgelegt und wird zu Beginn der*
- 18 *Konferenz nochmals bekanntgegeben.*
- 19 b. Änderungsanträge
- 20 *Änderungsanträge sind Anträge, die sich auf bereits eingereichte Anträge beziehen und*
- 21 *diese abändern wollen. Sie sind schriftlich über OpenSlides einzureichen.*
- 22 *Änderungsanträge können bis zum Ende der Generaldebatte des betreffenden Antrags*
- 23 *eingereicht werden. Änderungsanträge können bis zum Beginn der Abstimmung über den*
- 24 *Änderungsantrag abgeändert werden, sofern es der Debatte oder Kompromissfindung*
- 25 *dient. Diese Änderungen bedürfen ebenfalls der Textform. Über Änderungsanträge, die*
- 26 *von den Antragstellenden übernommen werden, wird nicht abgestimmt. Es erfolgt*
- 27 *lediglich ein kurzer Hinweis auf die Übernahme.*
- 28 c. Weitergehende Änderungsanträge
- 29 *Mehrere Änderungsanträge können sich auf denselben Abschnitt eines Antrags beziehen.*
- 30 *In diesem Fall entscheidet die Versammlungsleitung, welche Anträge als „weitergehend“*
- 31 *zuerst behandelt werden.*
- 32 d. Anträge zur Geschäftsordnung

33 *Anträge zur Geschäftsordnung sind Anträge, die sich auf die in dieser*
34 *Geschäftsordnung geregelten Regelungen zum Verfahren während der Konferenz beziehen.*
35 *Sie können mündlich gestellt werden. Die Antragsteller*innen erhalten außerhalb der*
36 *Reihenfolge der Diskussionsredner*innen direkt das Wort, jedoch nur soweit das*
37 *nächste Wort noch nicht erteilt ist. Die Abstimmung erfolgt, nachdem je ein*e*
38 *Redner*in für und gegen den Antrag zur Geschäftsordnung gesprochen hat. Erfolgt keine*
39 *Gegenrede, so gilt der Antrag als angenommen.*

40 *Anträge zur Geschäftsordnung können zum Beispiel sein:*

41 *- **Ende der Debatte:** Die Debatte wird beendet, auch wenn noch Redner*innen auf der*
42 *Redeliste stehen. Daraufhin erfolgt unmittelbar die Abstimmung über den*
43 *Diskussionsgegenstand.*

44 *- **Schließung der Redeliste:** Es können bis zum Ende der Debatte keine neuen*
45 *Redner*innen zur Redeliste hinzugefügt werden. Wer bereits auf der Redeliste steht,*
46 *kann seinen*ihren Redebeitrag noch einbringen.*

47 *- **Auszählung:** Nur wenn das Abstimmungsergebnis bei einfachen Abstimmungen der*
48 *Delegierten per Handzeichen nicht eindeutig erscheint, kann eine genaue Auszählung*
49 *durch die MPZK erfolgen.*

50 *- **Namentliche Abstimmung:** Die Delegierten werden namentlich aufgerufen und nach ihrer*
51 *Stimmabgabe gefragt.*

52 *- **Begrenzung der Redezeit:** Die Redezeit kann - abweichend von den in dieser*
53 *Geschäftsordnung getroffenen Regelungen - weiter begrenzt werden. Eine Begrenzung*
54 *kann sich entweder nur auf eine Antragsdebatte beschränken oder für die gesamte*
55 *Konferenz festgelegt werden.*

56 *- **Überweisung des Antrags:** Der Antrag wird zur weiteren Bearbeitung an den*
57 *Bezirksvorstand, den Gesamtvorstand, einen Arbeitskreis, die nächste Bezirkskonferenz*
58 *oder den*die Antragsteller*innen (zurück)überwiesen. Der Antrag soll in*
59 *überarbeiteter Fassung zur nächsten Bezirkskonferenz erneut eingereicht werden.*

60 *4. Redebeiträge*

61 *a. Wortmeldungen*

62 *Die Redeliste wird gemäß Organisationsrichtlinien der Jungsozialist*innen im SPD-*
63 *Bezirk Oberbayern Punkt IV., Absatz (3) quotiert geführt. Wortmeldungen sind bei der*
64 *Versammlungsleitung bekanntzugeben.*

65 *b. Redezeit*

66 *Bei der Redezeit wird nach Art des Beitrags unterschieden:*

67 *- Bei der Einbringung von Anträgen ist die Redezeit auf 5 Minuten begrenzt.*

68 *- Bei der allgemeinen Generaldebatte zu vorgestellten Anträgen sowie bei Vorstellung*
69 *und Diskussion zu Änderungsanträgen beträgt die Redezeit 2 Minuten.*

70 *- Bei Beiträgen zur Geschäftsordnung beträgt die Redezeit 3 Minuten.*

71 *- Bei sonstigen Beiträgen und Aussprachen ist die Redezeit auf 3 Minuten begrenzt.*

72 *5. Beschlüsse*

73 *a. Beschlussfähigkeit*

74 *Die Bezirkskonferenz ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der gemeldeten*
75 *Delegierten anwesend ist. Die Beschlussfähigkeit wird nur auf Antrag eines*r*
76 *Delegierten festgestellt.*

77 *b. Beschlussmehrheiten*

78 *Beschlüsse der Bezirkskonferenz werden mit einfacher Stimmenmehrheit gefasst. Für*
79 *Beschlüsse, die Richtlinienänderungen zum Gegenstand haben, wird gemäß Punkt V der*
80 *Organisationsrichtlinien der Jungsozialist*innen im SPD-Bezirk Oberbayern eine 2/3-*
81 *Mehrheit benötigt.*

82 *6. Wahlen / Kandidaturen*

83 *Kandidaturen für den Bezirksvorstand sind bis 12:00 Uhr der Versammlungsleitung*
84 *bekanntzugeben. Für die Wahlen gilt die Wahlordnung der SPD.*

85 *7. Sitzungsende*

86 *Die Bezirkskonferenz endet, wenn alle Punkte der Tagesordnung abgearbeitet sind.*
87 *Spätestens jedoch um 17:30 Uhr.*

Antrag I03: Nur ein Europa der Solidarität ist ein Europa der Zukunft

Laufende Nummer: 419

Antragsteller/in:	Bezirksvorstand Jusos Oberbayern
Status:	angenommen
Sachgebiet:	I - Internationales

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Adressat*innen: Bezirkskonferenz der Jusos Oberbayern, Landeskonferenz der Jusos
- 2 Bayern, Juso-Bundeskongress, Europaabgeordnete der SPD
- 3 Die Wahlen zum Europäischen Parlament 2024 werfen schon jetzt ihren Schatten voraus:
- 4 Der Trend hin zur Stärkung nationalistischer, neoliberaler und die Sozialstandards
- 5 abbauenden Wählerpräferenzen von der Europäischen Volkspartei bis hin zu
- 6 nationalkonservativen und faschistischen Gruppierungen verstärkt sich zur Wahl in
- 7 diesem Jahr.
- 8 Die Flüchtlingsbewegung 2015 und das Brexit-Referendum nur ein Jahr später brachten
- 9 der nationalistischen Rechten die Möglichkeit einer Verschiebung der Diskursrealität,
- 10 unter anderem auch hinsichtlich der Europäischen Union: Gegenspieler:innen wären nun
- 11 die - insbesondere auch die Arbeiter:innenklasse organisierende - gesellschaftliche
- 12 Rechte, die eine Stärkung der Nationalstaaten fordert und ihre reaktionäre Position
- 13 im Kampf gegen die internationalistische Bewegung einnimmt, und die nach dieser
- 14 Erzählung gesellschaftliche, linke Liberale, deren Ziel die Förderung der
- 15 europäischen Einigung ist. Dabei seien die Arbeiter:innen und Angestellten
- 16 diejenigen, auf deren Bedürfnisse im Rahmen der Einigung keine Rücksicht genommen
- 17 werden; rechter Nationalismus wurde damit zu einer Verteidigungsstrategie.
- 18 Anteil am Verfangen dieser Erzählung hat auch, dass die Europäische Union ein Projekt
- 19 ist, das die wirtschaftliche Liberalisierung weiterhin über Rechte für Arbeiter:innen
- 20 und Angestellte stellt - eine Entwicklung, den insbesondere auch die Rechte durch
- 21 ihren Einfluss in den Institutionen befeuert.
- 22 Während die linke Kritik an den grundlegenden systemischen, der Europäischen Einigung
- 23 innewohnenden Problemen weiter zutrifft, ist die Schlagkraft der gesellschaftlichen
- 24 Linken, dem rechten Narrativ eine Erzählung entgegenzustellen, in den vergangenen
- 25 Jahren geschwunden.
- 26 Auch verlieren die sozialdemokratisch-sozialistischen bzw. gewerkschaftlicher
- 27 Strukturen und Realitätsdeutungen gegenüber den lohnabhängig Beschäftigten,
- 28 insbesondere im Bereich der Arbeiter:innenklasse, weiter an Bindungskraft.
- 29 Aufgabe und Ziel sozialdemokratisch-sozialistischer Politik ist es, die soziale
- 30 Ungleichheit sowohl innerhalb der Mitgliedstaaten als auch in der gesamten
- 31 Europäischen Union abzubauen. Gleichzeitig muss die Schaffung von Grundlagen zum

32 sozialen Ausgleichsprozess bei Staaten, die Beitrittskandidaten für die EU sind,
33 gesichert sein.

34 Daher setzen wir dem wirtschaftsliberalen Standardabsenkungs- und
35 Deregulierungsfetischismus ein System der gemeinsamen Annäherung zum höchsten
36 Standard entgegen. Das sozialdemokratisch-sozialistische Modell Europas denkt
37 Arbeits-, Wirtschafts- und Sozialpolitik zusammen.

38 Anstelle eines Systems vergleichender Systeme der Armutsverwaltung setzen wir uns
39 dafür ein, dass Entwicklungskorridore nach einer Anheben von Lohn, Kaufkraft,
40 Sozialer Sicherung und nachhaltigem Wachstum hin zu einer Harmonisierung streben und
41 Lebensverhältnisse in Europa nicht nur vergleichbar, sondern gleich werden. Linke
42 Politik beseitigt das Gefälle zwischen ökonomisch armen und reichen Gesellschaften in
43 Europa.

44 Dahingehend wollen wir vier Problemfelder angehen, die aktuell die soziale Schieflage
45 in Europa mit verursachen:

46 **Korruptionsbekämpfung europaweit denken**

47 Um sicherzustellen, dass europäische Gelder tatsächlich die Lebensverhältnisse vor
48 Ort verbessern, stärken wir die Korruptionsbekämpfung auf europäischer Ebene. Dabei
49 bedarf es einer strikten Antikorruptionsagenda sowohl für staatliche als auch
50 gesellschaftliche Strukturen. Um diese durchzusetzen, bedarf es klar geregelte und
51 die nationale Souveränität überschreitende Durchgriffsrechte, um eine effektive und
52 effiziente Arbeit der europäischen Antikorruptionsagenturen sicherzustellen. Diese
53 Stärkung muss mit einem Aufbau verfahrensrechtlicher Regelungen für die Justiz, auch
54 auf europäischer Ebene, einhergehen. Diese müssen auch Eingriffsrechte umfassen, die
55 nicht der Zustimmung des betroffenen Mitgliedstaats bedürfen.

56 **Betriebsräte und Gewerkschaften auf gesamteuropäischer Ebene stärken**

57 Die Betriebsräterichtlinie der Europäischen Union hat auf europäischer Ebene Gremien
58 geschaffen, die aus Vertreter:innen der Arbeitgeber- und
59 Arbeitnehmer:innenvertretungen zusammengesetzt sind. Damit ist aber keine
60 ausreichende Vertretung der Arbeiter:innen und Angestellten sichergestellt.

61 In einer Welt transnational agierender Wirtschaftssubjekte muss die Vertretung von
62 Arbeiter:innen und Angestellten der Verlagerung der wirtschaftlichen Macht gerecht
63 werden können.

64 Künftig müssen Betriebsrät:innen und Gewerkschaften ein stärkeres Gegengewicht zu
65 global und insbesondere kontinental organisierten Unternehmen erhalten. Die
66 sozialpartnerschaftlichen Vertretungsmechanismen auf europäischer Ebene müssen
67 deshalb ausgeweitet, insbesondere aber mit weiteren Kompetenzen ausgestattet und
68 damit verbindlich werden.

69 Damit stärken wir den transnationalen Austausch der Vertreter:innen der
70 Arbeiter:innen und Angestellten und gehen gegen ein für Unternehmen attraktives
71 Gefälle innerbetrieblicher Mitbestimmungen in verschiedenen Mitgliedsstaaten vor.
72 Insbesondere in grenznahen Ballungs- und Industriegebieten, etwa dem „Chemie-Dreieck“
73 im südöstlichen Oberbayern, kann dadurch Mitbestimmung ausgebaut werden.

74 Aktuell steht im Europäischen Parlament auch die Änderung der Betriebsräterichtlinie
75 bevor. Wir fordern hier von Europa-Abgeordneten der SPD den Einsatz für eine
76 Ausgestaltung, die nicht nur Rechte von Arbeiter:innen und Angestellten stärkt,
77 sondern hinsichtlich gesamtkontinentaler Mitbestimmung ausweitet.

78 Zusätzlich soll endlich das Streikrecht für alle Arbeitenden durchgesetzt werden.

79 **Angleichung der Lebensverhältnisse durch verbindliche Sozialstandards**

80 Aktuell gelten europaweit wenige verbindliche Sozialstandards. In aller Regel handelt
81 es sich dabei nur um Minimalkompromisse, die den Ist-Zustand größtenteils erhalten.
82 Wir fordern stattdessen eine europaweite, verbindliche und umfangreiche Angleichung
83 der Sozialstandards in allen Mitgliedstaaten. Dabei müssen insbesondere die folgenden
84 Bereiche umfasst sein:

- 85 • Entlohnung und Arbeitsrecht, etwa hinsichtlich der Mindestlöhne und des
86 Kündigungsschutzes,
- 87 • Leistungshöhe und Qualität der Sozial-, Arbeitslosen- und Rentenversicherung,
- 88 • Sozialpartnerschaftliche Strukturen und die Mitspracherechte von Gewerkschaften.

89 Der Fortschritt der Angleichung muss alle 24 Monate überprüft werden. In jedem der
90 Bereiche müssen die Verhältnisse auf das jeweils höchste Niveau angeglichen werden,
91 welches in einem Mitgliedstaat garantiert ist. Die Implementierung soll auf den
92 verfahrensrechtlichen Prinzipien der Richtlinien beruhen.

93 **Infrastrukturelle Entwicklung auf europäischer Ebene**

94 Ein Europa der Bürger:innen kann nur durch entsprechende, umfassende Infrastruktur
95 möglich werden. Wir fordern deshalb umfassende europäische Finanzierungsprogramme, um
96 die Lebensverhältnisse flächendeckend anzugleichen.

97 Notwendig ist die Auflage von Programmen, die für leistbares Wohnen und engmaschigen
98 und günstigen öffentlichen Personenverkehr Gelder bereitstellen, die Klima- und
99 Umweltschutz, insbesondere in Bezug auf Industrie und Arbeit fördern und die
100 Infrastruktur und Personal von Schulen, Berufsausbildungszentren und Hochschulen
101 finanzieren.

102 Dabei braucht es einen Blick auf örtliche Notwendigkeiten, aber umso mehr einen
103 Willen zur Entwicklung tatsächlich gleicher Verhältnisse. Mithilfe der
104 Finanzierungsprogramme ermöglichen wir diese Angleichung befreit von
105 nationalstaatlichen Einzelinteressen.

106 Um diese Unabhängigkeit auch auf finanzieller Seite sicherzustellen, führen wir eine
107 europäische Millionärsabgabe ein und ziehen damit die Reichsten der Reichen zur
108 Unterstützung des Gemeinwohl auf europäischer Ebene heran. Zusätzliche Mittel sollen
109 auch kreditfinanziert zugeführt werden.

110 Mit Hilfe der Europäischen Union können wir das Leben aller Menschen in Europa -
111 unabhängig von den Nationalstaaten - verbessern und Ungleichheiten beseitigen. Dafür
112 muss jedoch die Schaffung gleicher Lebensverhältnisse und die Erkämpfung von Wegen in
113 diese Richtung ernst genommen und durchgesetzt werden. Denn aktuell bleibt die

- 114 Europäische Union ein bürgerlich-liberales Projekt, das von wirtschaftsliberalen
115 Wirkungsweisen beherrscht bleibt.
- 116 Diesen Kampf hiergegen aufzunehmen bleibt als Sozialist:innen unsere ureigene
117 Aufgabe. Nur mit uns ist das Europa der Zukunft ein Europa der Solidarität.

Antrag M01: Gesundheitskarte für Geflüchtete in allen Bundesländern

Laufende Nummer: 412

Antragsteller/in:	Jusos München-Stadt
Status:	angenommen
Sachgebiet:	M - Migration und Integration

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 **Adressat*innen:** Bezirkskonferenz der Jusos Oberbayern, Landeskonferenz der Jusos
- 2 Bayern, SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion, BayernSPD-Landtagsfraktion,
- 3 BayernSPD-Landesparteitag, Parteitag SPD Oberbayern
- 4
- 5 Der Migrationsdiskurs der letzten Zeit ist vor allem von einem Überbietungswettbewerb
- 6 an Zugangs- und Zulassungshürden bestimmt. Das klassische Argument ist Auslastung und
- 7 Überforderung der Kommunen.
- 8 Zielführend in der Debatte wäre, wie Kommunen die Prozesse erleichtert werden können,
- 9 damit kein unnötiger behördlicher und finanzieller Aufwand entsteht und so durch
- 10 Entlastung sowie neue Kapazitäten geschaffen werden können.
- 11 Einer dieser potentiellen Prozesse wäre die flächendeckende Einführung der
- 12 eGesundheitskarte eGk. Seit Oktober 2015 existiert die Möglichkeit §§ 4 und 6 des
- 13 Asylbewerberleistungsgesetzes, dass die Bundesländer eine Gesundheitskarte für die
- 14 Geflüchtete (in den ersten 18 Monaten) ausstellen. In Bayern ist es aktuell erst nach
- 15 Ablauf einer 15 monatigen Wartefrist für Geflüchtete möglich, eine Gesundheitskarte
- 16 zu erhalten.
- 17 In den Kommunen und Bundesländern, in denen keine Gesundheitskarte zugelassen ist,
- 18 müssen die Geflüchteten im Krankheitsfall immer einen Kostenübernahmeschein bei
- 19 Bedarf vom Sozialamt holen. In diesem Fall müssen die Sozialbehörden prüfen und
- 20 entscheiden, ob die Geflüchtete behandelt werden sollten oder nicht Dies führt nicht
- 21 nur dazu, dass die Sozialämter oft an die eigenen Grenzen kommen, sondern dass auch
- 22 die Geflüchtete keine notwendige Behandlung bzw. ärztliche Beratung zeitnah erhalten.
- 23 Die Abrechnung für Leistungsträger wird durch die Kostenübernahmescheine erschwert
- 24 und unnötige Ressourcen gebunden.
- 25 Durch eine eGK erhalten Asylsuchende einen verbesserten Zugang zu den
- 26 Gesundheitsleistungen, dadurch müssen sie vorher nicht krank zum Sozialamt gehen, um
- 27 einen Kostenübernahmeschein zu bekommen dies ist auch diskriminierungsärmer, da die
- 28 eGK sie mit den gesetzlich Versicherten in der Praxis gleichstellt.
- 29 Aus diesen Gründen fordern wir Jusos:
- 30 Den Abschluss der Rahmenverträge zwischen den Krankenkassen und aller Bundesländern
- 31 sowie verbleibende Teile dieser, zur Einführung der eGK für Asylsuchende zum

32 Zeitpunkt der Registrierung

Antrag TO: Tagesordnung

Laufende Nummer: 440

Antragsteller/in:	Administrator
Status:	angenommen

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 TOP 1 Eröffnung und Begrüßung
- 2 TOP 1.1 Wahl einer Versammlungsleitung
- 3 TOP 1.2 Wahl einer Mandatsprüfungs- und Zählkommission
- 4 TOP 1.3 Beschlussfassung über die Tagesordnung
- 5 TOP 1.4 Beschlussfassung über die Geschäftsordnung
- 6 TOP 2 Organisatorische Hinweise
- 7 TOP 3 Grußworte
- 8 TOP 4 Bericht der Mandatsprüfungs- und Zählkommission
- 9 TOP 5 Berichte über die Arbeit des Bezirksvorstandes
- 10 TOP 5.1 Rechenschaftsbericht des Vorstands
- 11 TOP 5.2 Aussprache zum Rechenschaftsbericht
- 12 TOP 5.3 Gleichstellungsbericht
- 13 TOP 5.4 Aussprache zum Gleichstellungsbericht
- 14 TOP 6 Entlastung des Vorstands
- 15 TOP 7 Beschlussfassung über das Arbeitsprogramm 2024 / 2025
- 16 TOP 8 FLINTA*vernetzung- und Männlichkeitsreflexionstreffen
- 17 TOP 9 Wahlen und Voten
- 18 TOP 9.1 Beschlussfassung über die Wahl einer Doppelspitze
- 19 TOP 9.2 Wahl der*des Bezirksvorsitzenden
- 20 TOP 9.3 Beschlussfassung über die Anzahl der stellv. Vorsitzenden
- 21 TOP 9.4 Wahl der stellvertretenden Vorsitzenden
- 22 TOP 9.5 Wahl der Delegierten zur Landeskonzferenz
- 23 TOP 9.6 Wahl der Vertreter*innen der Unterbezirke im Gesamtvorstand
- 24 TOP 9.7 Wahl einer*eines Gleichstellungsbeauftragten
- 25 TOP 9.8 Voten für den Juso-Landesvorstand
- 26 TOP 10 Antragsberatung
- 27 TOP 11 Verabschiedungen
- 28 TOP 12 Sonstiges
- 29 TOP 13 Schlusswort der*des Vorsitzenden
- 30 TOP 14 Stimmgewaltiges Absingen der Internationale

Antrag W01: Korruption – Nicht mit EU

Laufende Nummer: 418

Antragsteller/in:	Jusos München-Land
Status:	angenommen
Sachgebiet:	W - Wirtschaft

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Adressat*innen: Bezirkskoferenz der Jusos Oberbayern, Landeskonferenz der Jusos
- 2 Bayern, Juso Bundeskongress, SPD Oberbayern Parteitag, SPD Bayern Parteitag, SPD
- 3 Bundestagsfraktion, S&D Fraktion im europäischen Parlament
- 4
- 5 Korruption stellt nach wie vor eine erhebliche Herausforderung für die EU dar, wie
- 6 aus den Daten der EU-Kommission hervorgeht. Die wirtschaftlichen Auswirkungen sind
- 7 beträchtlich, wobei die Kosten zwischen EUR 179 Milliarden und EUR 990 Milliarden pro
- 8 Jahr liegen, was etwa 6% des gesamten BIP der EU entspricht.
- 9 Die Ernsthaftigkeit des Problems wird weiter durch die Einschätzungen von Unternehmen
- 10 verdeutlicht. 59% der Unternehmen in der EU sind der Meinung, dass persönliche
- 11 Beziehungen und die Zahlung von Schmiergeldern oft der einfachste Weg sind, Geschäfte
- 12 innerhalb der EU zu führen.
- 13 Trotz regelmäßig vorgeschlagener Antikorruptionsmaßnahmen, wie von Transparency
- 14 International berichtet, bestehen nach wie vor erhebliche Lücken in ihrer Umsetzung.
- 15 Die bisherigen Maßnahmen konzentrieren sich hauptsächlich auf Richtlinien für
- 16 geregelte Korruptionsbekämpfung auf Mitgliedsstaatsebene. Allerdings mangelt es an
- 17 klaren Vorgaben, was die Effektivität dieser Maßnahmen beeinträchtigt.
- 18 Die Einführung des Standards der gemeinsamen Zuständigkeit für die
- 19 Korruptionsbekämpfung ermöglicht der EU Ermittlungen und Sanktionen, jedoch fehlen
- 20 noch institutionalisierte Strukturen auf EU-Ebene. Das wissenschaftliche Monitoring
- 21 zur Korruptionsbekämpfung bedarf weiterer Institutionalisierung, um regelmäßig und
- 22 automatisch stattzufinden.
- 23 Im Kampf gegen Korruption sticht insbesondere das Beispiel Georgiens positiv hervor.
- 24 In den letzten 25 Jahren konnte das Land im Korruptionswahrnehmungsindex von
- 25 Transparency International um beeindruckende 40 Plätze aufsteigen. Dieser Erfolg ist
- 26 maßgeblich auf die Umsetzung zahlreicher Maßnahmenvorschläge der Istanbul-Kommission
- 27 zurückzuführen, einer Organisation der OECD und des Europäischen Rates, die sich mit
- 28 der Bekämpfung von Korruption im ehemaligen Ostblock befasst.
- 29 In Anlehnung daran stellen wir folgende Forderungen für eine gemeinsame europäische
- 30 Korruptionsbekämpfung:
- 31 Institutionelle Organisation der Antikorruptionsmaßnahmen:
- 32 • Relative Autonomie von Institutionen der Korruptionsbekämpfung.

- 33 • Unabhängige Kommission zur Korruptionsbekämpfung mit der Befugnis, Gesetze der
34 Kommission
- 35 • Durchführung der Korruptionsbekämpfung intern in allen Organisationen.
- 36 Förderung von Meldung und Anzeige von Korruption:
- 37 • Einrichtung unabhängiger und anonymer Meldestellen.
- 38 • Effektiver Schutz von Whistleblowern, inklusive Anonymität, Sicherheit vor
39 strafrechtlicher Verfolgung und umfangreiche Anwendung des Whistleblower-Status.
- 40 Umgang mit Vermögenswerten und Interessenskonflikten:
- 41 • Proaktive Rechenschaftsablege von Besitztümern für Personen in relevanten,
42 öffentlichen
- 43 • Unbürokratische, routinemäßige sowie unangekündigte und geheime Einsicht von
44 Vermögenswerten durch unabhängige Antikorruptionsstellen.
- 45 • Öffentliche Deklaration von Interessenskonflikten, auch von Unternehmen
- 46 • Grobe Interessenkonflikte sind Ausschlusskriterium für die Vergabe von Aufträgen
47 an Unternehmen und Ämter an Personen .
- 48 Methodik der Korruptionsbekämpfung:
- 49 • Gesetzmäßig festgelegte Methodik zum Aufarbeiten bekannt gewordener Korruption.
- 50 • Reorganisation von betroffenen Behörden, Institutionen und Firmen.
- 51 • Vorrübergehende Amtsfreistellung verdachtsmäßig korrupter Amtsinhaber.
- 52 • Sofortiges Einfrieren von Vermögen, das direkt in Beziehung zu korrupten Akten
53 stehen könnte.
- 54 • Regelmäßige, wissenschaftliche und unabhängige Evaluation von Fortschritten in
55 der Korruptionsbekämpfung.
- 56 Aufbau effektiver und allgemeingültiger Definitionen über Korruption und ihre
57 Bekämpfung:
- 58 • Praktisch anwendbare EU-weite Rechtslage darüber, wer und wie eine Person von
59 Interesse für Korruption sein kann.
- 60 • Kriminalisierung von Korruption auf systemischer Ebene, inklusive strafbarer
61 Handlungen für Unternehmen.
- 62 • Klare Definition von Einflussnahme und Versuch der Einflussnahme.
- 63 • Besondere Beachtung von korrupter Einflussnahme ausländischer Akteure auf Länder
64 / Organisationen / Unternehmen mit klaren Definitionen dazu.
- 65 • Klare und effektive Gesetzgebung zu "corporate governance" und deren Anwendung.
- 66 Handhabung von Rechtsschutz bei Korruptionsermittlungen:

- 67 • Ausreichender Rechtsschutz für Ermittler*innen.
- 68 • Möglichkeit der Aufhebung des Rechtsschutzes für Ermittler*innen, um Missbrauch
- 69 zu verhindern